

## Schweiz

**Verlocht.** David Wüest-Rudin, Präsident der Grünliberalen BS, erklärt sein Nein zum Gotthard-Tunnel aus wirtschaftlicher Sicht. **Seite 4**

## International

**Versenkt.** Präsident Evo Morales wollte seine Amtszeit verlängern – doch das bolivische Volk stimmte dagegen. **Seite 5**

## Wirtschaft

**Vereint.** Für 1,3 Milliarden Franken kauft die Bank EFG die Bank BSI. Dadurch entsteht die fünftgrösste Privatbank der Schweiz. **Seite 7**

## Kultur

**Stille Lektüre.** Roman, Kurzprosa und Storys von Basler Autoren – neue Werke von Sandra Hughes, Andres Müry und Jörg Jermann. **Seite 12**

## Basel

**Einbrecher.** Eine Liegenschaft auf dem Bruderholz wurde 17-mal von Einbrechern heimgesucht. **Seite 21**

**Finanzen.** Zahlungen an Tagesheime haben die Gemeinde Allschwil finanziell schwer geschädigt. **Seite 25**

**Vandalen.** Nach dem Faschnachts-Schlussstreich wurden in Muttenz über 50 Autopneus zerstört. **Seite 25**

## Sport

**Trainer.** Arsène Wenger und Arsenal sind seit fast 20 Jahren nicht mehr zu trennen – heute treffen die Londoner auf den FC Barcelona. **Seite 36**

## Mobil



**Frisch gewaschen.** Das neue Smart Fortwo Cabrio ist einzigartig. Denn anders als bei kleinen Modellen üblich, können die Dachholme verstaut werden. **Seite 29**

## Wetter

**Region.** Erst ist es nur bewölkt und trocken, dann wird es nass und nasser und danach kalt und kälter, bis die Schneefallgrenze fast an den Rhein sinkt. **Seite 33**



## Vor 20 Jahren kündigten Sandoz und Ciba die Fusion zur Novartis an

Rückblick, Standortbestimmung und Ausblick in einer BaZ-Beilage

**Basel.** Am 7. März 1996 gaben die Väter der damals grössten Industriefusion ihren Plan zum Zusammenschluss von Ciba und Sandoz zur Novartis bekannt. «Die ganze Vorbereitung war ein Meisterstück der Geheimhaltung», blickt Jörg Reinhardt, Novartis-Verwaltungsratspräsident, 20 Jahre zurück. Obwohl keiner der beteiligten Chemie- und Pharma-Manager Erfahrung mit einer Fusion jener Gröszenordnung hatte, glückte das Wagnis.

Im BaZ-Interview bezeichnet Präsident Reinhardt Mut und Geschwindigkeit als zentrale Faktoren für den Erfolg der zweiten Basler Pharma-Heirat. Es sei dem neuen Team gelungen, flexibel und wissenschaftsorientiert zu bleiben. Auf dem späteren Campus hielt eine neue Forschungskultur Einzug. Novartis ist heute das grösste Pharmaunternehmen der Welt. **Beilage**

## «England ist in einer anderen Position als die Schweiz»

Christoph Blocher pocht auf eine massiv reduzierte Zuwanderung

Von Beni Gafner, Bern

Läuft alles wie vom Bundesrat zuletzt angekündigt, wäre eigentlich klar, wie die angenommene Masseneinwanderungs-Initiative der SVP umgesetzt wird: Gibt es bis zum Ablauf der dreijährigen Umsetzungsfrist keine Verhandlungslösung mit der EU, aktiviert die Schweiz einseitig ihre Schutzklausel und beschränkt die Zuwanderung ins Land.

Ob der Bundesrat an seinem bisherigen Plan festhält, ist allerdings fraglich. Diese Woche geht er dazu in Klausur. Im März soll dann seine definitive Vorlage ans Parlament vorliegen. Nach der Verhandlungslösung zwischen der EU und Grossbritannien von Ende letzter Woche und vor dem britischen Referendum über einen Austritt Grossbritanniens aus der EU schüren Experten Zweifel, ob ein Schweizer Verhandlungsergebnis mit der EU über die eigenständig zu steuernde Zuwanderung überhaupt möglich sei. So sagt der emeritierte Professor für europäische Studien, Dieter Freiburghaus, Bern müsse akzeptieren, dass Brüssel keine Schutzklausel für die Schweiz wolle.

gegenüber einer erfolgreichen Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur Masseneinwanderung nicht einstimmen. Die Schweiz müsse und könne die von Volk und Ständen beschlossene neue Verfassungsbestimmung umsetzen, sagt er im Interview. Mit dem Deal zwischen der EU und Grossbritanniens Premier David Cameron habe sich für die Schweiz und in Bezug auf die Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative nichts geändert.

### Konzession oder Kündigung

Obwohl noch unklar ist, wie die Details der Bundesratsvorlage über dessen Schutzklausel aussehen, haben SP und FDP bereits angekündigt, die Vorlage zurückzuweisen.

SVP-Vizepräsident Christoph Blocher mag in den allgemeinen Pessimismus

England sei Mitglied der EU, die Schweiz sei dies nicht. Entsprechend sei Grossbritannien in einer anderen Position als die Schweiz. Die Schweiz sei frei. Blocher sagt: «Entweder ist die EU zu Konzessionen bereit oder die Schweiz kündigt die Personenfreizügigkeit, wie das der Vertrag vorsieht.» **Seite 3**

## Naturschützer protestieren

Kanton verhindert Mitsprache

**Liestal.** Naturschutzverbände wie der WWF der Region Basel und Pro Natura Baselland wollen bei der Bewirtschaftung des Baselbieter Waldes ein Wortchen mitreden. Seit über zehn Jahren kämpfen die Organisationen darum, bei wichtigen Entscheidungen ihre Kompetenzen einzubringen. Unzählige Anfragen und Briefe sind an die zuständigen Ämter verschickt worden, auch die Regierungsräte wurden direkt angegangen. Verändert hat sich trotz den Bemühungen nichts: Der Kanton liess die Verbände auflaufen und bestimmt bei der Vergabe-, Vertrags- und Kontrollpraxis die Massnahmen selber.

Das ist jedoch unzulässig: Eigentlich wäre die Kommission für Naturschutz im Wald dafür zuständig – so steht es zumindest in der heute noch gültigen Verordnung von 1998. Die Krux: «Diese Kommission tagte seit über zehn Jahren nicht mehr – und trotzdem liefen die Geschäfte weiter», sagt Jost Müller, Geschäftsführer WWF Region Basel. Es stelle sich die Frage, ob all die Jahre die Beträge somit verordnungskonform vergeben und abgerechnet worden seien. Es geht um nicht weniger als um die Verwaltung von zehn Millionen Franken in den nächsten vier Jahren. Dieser Betrag ist für den Waldnaturschutz reserviert. Nun signalisiert der Kanton Entgegenkommen – allerdings ist das nicht das erste Mal in den vergangenen zehn Jahren. **bgj Seite 19**

## Bosch – Meister der Moral



**Ein Künstler für die Ewigkeit.** Die holländische Stadt 's-Hertogenbosch zeigt die grösste Bosch-Ausstellung aller Zeiten. Aus Anlass des 500. Todestages von Hieronymus Bosch, der in dieser Stadt sein ganzes Leben verbrachte, stellt das örtliche Kunstmuseum den Grossteil seiner berühmten Werke aus. Unter den Leihgaben befindet sich auch Boschs «Heuwagen», ein Triptychon mit diesem melancholischen Pilger auf der Aussenseite. **hm1 Museo Nacional del Prado, Madrid Seite 11**

## Umbauprojekt gestartet

77,5 Millionen fürs Stadtcasino

**Basel.** Die Umbauarbeiten für die Stadtcasino-Erweiterung haben begonnen. Mehrere Fenster im alten Festsaal sind entfernt, Bauarbeiter ziehen Wände ein und erstellen links vom Musikhaus-Eingang ein Gerüst. Dort sollen ein Warenlift und ein Treppenhäuser entstehen, da die Lieferanten künftig vom Steinenberg her ihre Ware bringen werden. Dreieinhalb Jahre lang sollen die Umbauarbeiten dauern.

Im Laufe dieses Jahres wird der Anbau, der der Barfüsserkirche zugewandt ist, abgerissen und durch einen neuen ersetzt, der die historische Fassade des Musiksaals aufnimmt. Auch der Mittelbau zwischen den Konzertsälen und dem Gastrogebäude wird zugunsten einer Gasse vom Steinenberg bis zum hinteren Teil des Barfüsserplatzes geopfert. Das Projekt kostet rund 77,5 Millionen Franken. 49 Prozent übernimmt die Stadt, 51 Prozent tragen die Casino-Gesellschaft und Private. **ff Seite 20**

## Lorenz Nägelin will kandidieren

Der SVP-Grossrat hält sich als Regierungsrat für geeignet

**Basel.** Das Kandidatenkarussell bei der SVP Basel-Stadt dreht sich weiter. Mit Fraktionspräsident und Grossrat Lorenz Nägelin haben nun bereits mehrere Politiker ihr Interesse bekundet.

Nägelin wird schon seit Wochen als Kandidat gehandelt, auch deshalb, weil er der bevorzugte Kandidat von Parteipräsident Sebastian Frehner sein soll. Nägelin hält sich selbst für geeignet, weil er politisch gut vernetzt sei und eine hohe Sozialkompetenz vorweisen könne. Was den Rechtsstreit mit Regierungsrat Baschi Dürr betrifft, so will Nägelin nach vorne blicken und den Konflikt nicht als Hinderungsgrund für eine mögliche gemeinsame Regierungsarbeit sehen. **hws Seite 19**

## Saakaschwilis Mission in Kiew

Ex-Präsident im Gespräch

**Kiew.** Als Präsident von Georgien bekämpfte Micheil Saakaschwili die Korruption und legte sich mit dem übermächtigen Nachbarn Russland an, bevor Kritik an seinem autoritären Regierungsstil ihn das Amt kostete.

Inzwischen ist er Gouverneur von Odessa. Auch in seiner neuen Heimat hat sich der naturalisierte Ukrainer nicht nur Freunde gemacht: Saakaschwili zählt heute zu den schärfsten Kritikern der Regierung von Arsenij Jazenjuk. Vom Schicksal der Ukraine hänge das Schicksal aller Nachbarländer ab, sagt Saakaschwili der BaZ. «Ich bin hier zu Hause, und ich werde mein Zuhause verteidigen.» **sch Seite 5**

## Neuer Fast-Food-Trend erobert Basel

Gesund, hip und exotisch statt billige Burger und langweilige Sandwiches

Von Serkan Abrecht und Jonas Hoskyn

**Basel.** Die Gastro-Szene in Basel ist im Umbruch. Vor allem im Bereich Take-away wandelt sich das Bild. Lange galt Fast Food als Inbegriff von billigem und ungesundem Essen – fett, salzig, wenig nahrhaft. Doch in den letzten Jahren tauchten immer mehr Anbieter auf, die Wert auf gesundes Fast Food legen.

Eines der ersten Unternehmen, die den Trend erkannten, ist die auf vegetarische Gerichte spezialisierte Zürcher Restaurantkette Tibits. Ihre Filiale an der Stänzlergasse ist immer gut be-

sucht. Nun soll eine zweite folgen. Tibits zieht beim Hintereingang des Bahnhofs SBB in das Meret-Oppenheim-Hochhaus, das sich zurzeit im Bau befindet.

### Neues Verständnis von Fast Food

Bereits in den kommenden Wochen eröffnet in der Freien Strasse eine Filiale der dänischen Kette Joe & The Juice. Diese setzt auf frisch gepresste Fruchtsäfte, Kaffee und Smoothies. Matthias Böhm von Pro Innerstadt freut sich über den Wandel: «Solche trendigen Lokale kann die Stadt gut brauchen.» Er glaubt, dass noch weitere folgen.

Doch auch die konventionellen Fast-Food-Ketten im amerikanischen Stil erfreuen sich nach wie vor grosser Beliebtheit. So eröffnet die Sandwich-Kette Subway am Bahnhof SBB demnächst ihre mittlerweile dritte Filiale in Basel. Und am 1. März startet die US-Kette Dunkin' Donuts an der Greifengasse ihren ersten Shop in der Schweiz.

Eine breite Studie belegt, dass sich die Menschen in der Schweiz immer mehr Fast Food wünschen, bei dem sie wissen, wie und aus was es hergestellt wird. **Seite 2**

# «Wir haben einen kündbaren Vertrag»

Für die Schweiz hat sich nach dem EU-Deal Grossbritanniens nichts geändert, sagt SVP-Vize Christoph Blocher

Von Beni Gafner, Bern

**BaZ:** Herr Blocher, was hat sich mit dem Deal zwischen EU und Grossbritanniens Premier David Cameron in Bezug auf die Schweiz und die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative geändert?

**Christoph Blocher:** Nichts. England ist Mitglied der EU, die Schweiz ist es nicht, das heisst: Die Schweiz ist frei. Der von Volk und Ständen beschlossene neue Verfassungsartikel betreffend Masseneinwanderung muss und kann umgesetzt werden. Das Schweizer Volk hat entschieden, das Zuwanderungsproblem so zu lösen, wie wir es in der Schweiz für richtig befinden. Entweder ist die EU zu Konzessionen bereit, oder die Schweiz kündigt die Personenfreizügigkeit, wie das der Vertrag vorsieht. Der Bundesrat hat aber am 4. Dezember 2015 angekündigt, dass auch eine einseitige Festlegung einer Schutzklausel zum Erfolg führen könnte, wenn die EU nicht einlenkt.

EU-Experte Dieter Freiburghaus sagt, wenn es nicht einmal Cameron schafft, an der Personenfreizügigkeit zu rütteln, dann habe die Schweiz erst recht keine Chance. Ist dem so?

Bei Herrn Freiburghaus ist der Wunsch Vater des Gedankens. Er will das Gegenteil dessen, was Volk und Stände beschlossen haben. Wie gesagt: England ist in einer anderen Position als die Schweiz. Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union und auch nicht Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes. Alle Versuche, die Schweiz in die EU zu führen, sind bisher gescheitert. In Bezug auf die Personenfreizügigkeit haben wir mit der EU einen kündbaren Vertrag. Zudem kann dieser Vertrag von beiden Seiten im gegenseitigen Einvernehmen angepasst werden. Und wenn man ihn nicht anpassen kann, haben beide Seiten das Recht, diesen Vertrag zu kündigen. Das hat England nicht! Cameron ist der Meinung, dass die geringen Konzessionen der EU genügen, damit England in der EU bleibt. Ob dies das englische Volk auch so sieht, ist eine andere Frage.

Was erwarten Sie nun vom Bundesrat?

Dass er jetzt endlich seine Lösung präsentiert. Er hat zwei Jahre verschlafen und hat ja versprochen, er bringe eine Lösung mit einer sogenannten Schutzklausel, wenn nötig einseitig. Allerdings weiss man noch nicht, was genau darin steht und wie diese Schutzklausel genau funktionieren soll. Quer hinein spielt bei all dem ein Bundesgerichtsentscheid, wonach das Freizügigkeitsabkommen mit der EU im Zweifelsfall Vorrang gegenüber dem Umsetzungs-gesetz zur Masseneinwanderungs-Initiative habe – ein ungebührlicher Eingriff des Bundesgerichts in die Gewaltentrennung und die Missachtung des Entscheides der Bürger!

Welche Bedeutung hat der Bundesgerichtsentscheid darüber hinaus?

Das Bundesgericht hat hier in vorsehendem Gehorsam gegenüber der EU entschieden. Die Kammer, die dies entschieden hat, könnte gemäss einem NZZ-Bericht aber isoliert sein. Entsprechend weiss man also nicht, wie es in anderer Zusammensetzung im konkreten Fall entscheiden würde. Was schwerer wiegt: Der Bundesrat könnte diesen Bundesgerichtsentscheid nun als Vorwand nehmen, die Schutzklausel entgegen seiner bisherigen Ankündigung nicht einseitig in Kraft zu setzen. Wenn dem so ist, dann bleibt nur noch die Kündigung und das selbstständige Handeln, wie dies die Verfassung vorsieht.

«Alle Versuche, die Schweiz in die EU zu führen, sind bisher gescheitert.»

Zu lesen war am Sonntag, SP und FDP verbündeten sich, um die Bundesratsvorlage mit Schutzklausel zurückzuweisen. Wäre dies politisch opportun?

Das kann ich nicht sagen, solange man nicht weiss, wie diese Vorlage genau aussieht. Das weiss ja niemand. Der Bundesrat hat am Mittwoch eine Aussprache über dieses Thema und will am 4. März entscheiden. Wir wissen nur, was der Bundesrat bisher angekündigt hat. Ob er in den nächsten Tagen seine bisherigen Ankündigungen umstösst, weiss ich auch nicht.

An Ihren Forderungen ändert das nichts?

Nein. Die SVP fordert die strikte Umsetzung des von Volk und Ständen beschlossenen Zuwanderungsartikels. Die bisherige Regelung mit der EU ist damit aufgehoben, indem die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig regeln und die Zuwanderung wieder auf ein erträgliches Mass senken will. Der Artikel verlangt den Inländervorrang und eine Kontingentierung. So machte es die Schweiz zwischen 1970 und 2007 mit grossem gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Erfolg. Aber es eilt, dies zu tun. Es brennt. Personenfreizügigkeit und Wohlfahrtsstaat vertragen sich nicht.

Wird der Bundesrat die dreijährige Umsetzungsfrist gemäss beschlossener Initiative einhalten?

Die Verwaltung hat zwei Jahre lang vor sich hin geplempert, dann seine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Der Bundesrat verspricht die Vorlage auf Ende Jahr, dann auf Ende Januar, jetzt verspricht er sie auf Anfang März. Der Verdacht ist gross, dass der Bundesrat wohl auf eine Verordnungsauflösung für den Fall schiebt, dass es bis Februar 2017 keine Lösung gibt. Diese soll dann Kontingente vorsehen, sofern die EU damit einverstanden ist. Das ist dann der letzte Zeitpunkt, um mittels Volksini-



Hält eine Kehrtwende des Bundesrats für möglich. Christoph Blocher wartet seit zwei Jahren auf die Umsetzung des Zuwanderungsartikels. Foto Dominik Plüss

tiative die Kündigung des Personenfreizügigkeits-Vertrages zu fordern. Die SVP ist dazu entschlossen.

«Heute ist klar: Die EU wird die bilateralen Verträge mit der Schweiz niemals fallen lassen.»

Welcher ökonomische Schaden würde resultieren, wenn die Schweiz plötzlich ohne bilaterale Verträge mit der EU dastünde?

Nach wie vor sind wir nicht gegen die bilateralen Verträge, die ja in erster

Linie im Interesse der EU sind. Die Schweizer Wirtschaft würde ohne diese nicht untergehen. Aber heute ist klar, die EU wird die bilateralen Verträge mit der Schweiz niemals fallen lassen. Ihre Interessenlage spricht dagegen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir die Personenfreizügigkeit kündigen können und deswegen die EU nicht auf alle übrigen bilateralen Verträge verzichten wird. Im Mittelpunkt steht ja das Landverkehrsabkommen, das die EU nicht fallen lassen wird. Dieses Szenario nimmt auch Bern nicht mehr ernst.

Die Frage nach dem Wert der bilateralen Verträge für die Schweiz bleibt.

Der ökonomische Schaden für die Schweiz ist sicher viel grösser, wenn die Zuwanderung im Rahmen der bisherigen Personenfreizügigkeit unverändert anhält. Nochmals: «Ein Wohlfahrtsstaat mit Personenfreizügigkeit ist unmöglich.» Ich zitiere hier Milton Friedman, den amerikanischen Wirtschafts-Nobelpreisträger. Die schweizerischen Folgen sind sichtbar: Es kommen nach wie vor Zehntausende und das bei steigender Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosenquote ist bei uns mit 4,7 Prozent mittlerweile höher als in Deutschland mit 4,5 Prozent. Arbeitslosenzahlen von 3,7 Prozent kannte die Schweiz, als Kontingente galten, nur in Zeiten schwerer Rezession. Nun haben wir eine so hohe Arbeitslosigkeit bei relativ guter Konjunktur. Die Konjunktur schwächt sich ab, Stellen werden abgebaut und die Einwanderung dauert an. Es muss deshalb endlich gehandelt werden.

Verliert die SVP am Sonntag den Kampf über die Durchsetzungs-Initiative, dürfte die Zuversicht bei den SVP-Gegnern wachsen, dass auch die Masseneinwanderungs-Initiative mit einer zweiten Abstimmung rückgängig gemacht werden kann. Wie realistisch ist dieses Szenario?

Das ist möglich. Man muss natürlich sehen: Wenn diese unheilige Allianz am Sonntag gewinnen sollte, dann müssen diese Abstimmungsgewinner ihren Leistungsausweis erbringen. Das heisst: Ausschaffung krimineller Ausländer. Das wäre der Tatbeweis

«Ausschaffung krimineller Ausländer: Das wäre der Tatbeweis für ihre Versprechen.»

für ihre Versprechen im Abstimmungskampf, bis zu 3800 Kriminelle würden ausgeschafft. Sie werden dies nie erfüllen können. Das sind dann bereits die Vorbeten für die nächsten eidgenössischen Wahlen. Man wird dann das Personal auswechseln müssen, das diese Versprechen nicht einhalten konnte. Vor allem die FDP kämpfte verbissen gegen die Durchsetzungs-Initiative. Auch nach den Wahlen 2015 stimmen sie wieder inbrünstig in vielen Fällen mit den Linksparteien. Im laufenden Abstimmungskampf geht es nicht mehr um mehr Sicherheit, sondern um einen Machtkampf zwischen der Classe politique und der Mehrheit der Schweizer Bürger.

Die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» für eine zweite Abstimmung steht ja. Sie erwarten also den Angriff auf die Masseneinwanderungs-Initiative, die rückgängig gemacht werden soll?

Das ist im Gange. Aber ich bin sicher, dass das Volk dies eindeutig ablehnen wird, denn die Zustände werden jeden Monat schlimmer.

## Der Nutzen der Bilateralen I pro Kopf ist nicht gross

Eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse der Verträge zeigt, dass für die EU mehr auf dem Spiel steht als für die Schweiz

Von Dominik Feusi, Bern

Sie sind das Heiligtum der Politik, die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union, genauer: das erste Paket dieser Verträge, gewöhnlich mit der römischen Ziffer I als solche gekennzeichnet. Dieses Paket enthält sieben Abkommen, unter anderem jenes über die Personenfreizügigkeit. Dieses Abkommen führt dazu, dass Bürger der EU unbürokratisch in die Schweiz kommen können. Die sieben Abkommen sind miteinander verbunden. Wird ein Abkommen von einer Seite gekündigt, fallen auch die anderen sechs weg.

Doch was nutzen der Schweiz diese Bilateralen I genau? Eine Studie des Ökonomen und *Weltwoche*-Redaktors Florian Schwab fasst die bisher zu diesem Thema erstellten Studien zusammen. Sie entstanden zwischen 2008 und 2015 bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF),

beim Forschungsbüro BAK Basel oder bei Ecoplan in Zürich. Die Resultate sind «widersprüchlich und betragsmässig nicht besonders spektakulär», hält Schwab zu den Resultaten fest. Der Effekt pro Jahr auf das Bruttoinlandprodukt pro Kopf beträgt zwischen -0,02 und +0,22 Prozent. Bemerkenswert: Ein Konsens über die Effekte der Personenfreizügigkeit gibt es nicht.

Blinde Flecken

Gleichzeitig stellt Schwab fest, dass einige Studien – insbesondere die letzten Herbst durch den Bundesrat präsentierten Untersuchungen – von einer Nettozuwanderung von 10000 bis 15000 Personen ausgehen und die Zahl so in ihren Studien verwenden. Die tatsächliche Zahl ist jedoch nach allen vorliegenden Fakten mindestens dreimal so hoch. Wie geht das? In einer anderen Studie rechnet die Konjunkturforschungsstelle KOF aus der tatsächlichen

Anzahl Zuwanderer jene heraus, die aus einem anderen Grund als Freizügigkeit in die Schweiz kommen. Dass die Freizügigkeit rechtlich erst ihre Zuwanderung möglich macht, übersehen sie dabei. So verringert sich die Zuwanderung und der Nutzen pro Kopf erscheint grösser.

Das Problem bei den Studien ist gemäss Schwab auch, dass sie die Zusammensetzung der Zuwanderung nicht genauer untersuchen. Im Abstimmungskampf über die Masseneinwanderungs-Initiative wurde klar, dass nur ein Teil der Zuwanderung aus der EU aus tatsächlich gesuchten Ingenieuren und Facharbeitern besteht. Der grössere Teil kommt im Rahmen des Familiennachzugs oder weist keine besonderen beruflichen Qualifikationen auf. Seit 2011 nahm die Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa überdeutlich zu. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat eine Studie «zur krisenbe-

dingten Zuwanderung in die Schweiz» für Ende 2014 angekündigt, aber bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

Entstandene Kontrollbürokratie

Schwab macht dann für jedes der sieben Abkommen eine Minimal- und Maximalschätzung des jährlichen Nutzens pro Kopf für die Schweiz. Demgemäss bringt die Personenfreizügigkeit pro Kopf zwischen 662.50 Franken Ertrag und 1088 Franken Verlust. Die anderen sechs Abkommen sind viel weniger wichtig – keines erreicht auch in der maximalen Schätzung mehr als 50 Franken Ertrag. Die ganzen Bilateralen I haben im besten Fall pro Jahr einen Nutzen von 2073 Franken und im schlechtesten Fall einen Schaden von 1050 Franken pro Kopf.

Grundsätzlich – so Schwab – birgt die Personenfreizügigkeit «das Potenzial für Wohlstandsgewinne». Durch die flankierenden Massnahmen und

Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen werde dies aber zunichte gemacht. Die so entstandene Kontrollbürokratie koste rund 200 Millionen Franken pro Jahr. Die Erleichterungen für den grenzüberschreitenden Handel kämen vor allem dem Ausland zugute, wie eine Analyse der Exportvolumen nahelegt. In den Statistiken der Sozial- und Arbeitslosenversicherung verdichten sich gemäss Schwab die Anzeichen, dass über die Personenfreizügigkeit die Krise in Europa in den Schweizer Arbeitsmarkt importiert wird.

Interessant ist, dass gemäss Schwab für die EU bei den Bilateralen I mit fast 44 Milliarden Franken Exportvolumen deutlich mehr auf dem Spiel steht als für die Schweiz (36 Milliarden Franken). Die Ausgangslage ist also eigentlich nicht so einseitig, wie dargestellt.

Schwab/Tettamanti: **Was hat der Bürger von den Bilateralen?** Beilage zum «Schweizer Monat», Heft März 2016